

2. Sitzung des Meinungsforums zur Erweiterung des
Hansgrohe-Betriebsstandorts in Offenburg-Elgersweier

Dokumentation

Dokumentation der 2. Sitzung des Meinungsforums zur Erweiterung des
Hansgrohe-Betriebsstandorts, am 29. Oktober 2012, 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr,
in der Festhalle Elgersweier.

Die Sitzung fand öffentlich statt.

Teilnehmende des Forums auf dem Podium: Herr Bürgermeister Oliver Martini, Herr Günther Häberle, Herr Leon Feuerlein (Stadt Offenburg), Herr Kurt Augustin (Ortschaftsrat), Frau Anette Kempf (Ortschaftsrat), Herr Daniel Geiler (Ortschaftsrat), Herr Michael Reis (in Vertretung für Herrn Erich Spinner, Ortschaftsrat), Herr Frank Semling (Hansgrohe), Herr Thomas Wüstenberg (Hansgrohe), Herr Peter Stöhr (Interessengemeinschaft), Herr Robert Büchel (Interessengemeinschaft) sowie Herr Bresch (Büro Bresch Henne Mühlinghaus)

Anwesend waren weitere Stadträte aller Fraktionen sowie rund 150 Bürger.

Moderation: Herr Ralf Eggert (IFOK).

Protokoll: Frau Jolanta Jasina (IFOK).

Tagesordnung

TOP	Programmpunkt
TOP 1	Begrüßung/ Herr Bürgermeister Oliver Martini
TOP 2	Einführung in den Prozess, Arbeit im Meinungsforum und Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem 1. Meinungsforum / IFOK
TOP 3	Statement der IG zum Kompromissvorschlag aus der 1. Sitzung
TOP 4	Beantwortung der Fragen aus der 1. Sitzung/ H. Semling und H. Wüstenberg, Hansgrohe
TOP 5	Grünkonzept und Aussagen zur Ausgleichsfläche/ H. Bresch, Büro Bresch, Henne, Mühlinghaus Diskussion im Forum Öffentliche Fragerunde
TOP 6	Einführung ins Thema Verkehr/ H. Häberle, Stadt Offenburg Öffentliche Fragerunde
TOP 7	Feedback und Austausch der Teilnehmenden zu einzelnen Themen

Anlagen

- Anlage 1 Präsentation vom IFOK GmbH
- Anlage 2 Bildmaterial von Hansgrohe
- Anlage 3 Präsentation von Herrn Bresch
- Anlage 4 Präsentation von Herrn Häberle

- Anlage 5 Präsentation von Ortsverwaltung und Ortschaftsrat zum Verkehr

TOP 1 Begrüßung

Bürgermeister Oliver Martini begrüßt die Teilnehmenden und eröffnet die Veranstaltung.

Bürgermeister Martini

Bürgermeister Oliver Martini begrüßte alle Anwesenden herzlich, auch im Namen von Frau Oberbürgermeisterin Schreiner. Er schilderte kurz den bisherigen Prozess: am 11. Juni 2012 stellte Hansgrohe den ersten Entwurf des Ausbauplans vor. Danach wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst und das Meinungsforum eingerichtet. Er betonte, dass Hansgrohe in der Zwischenzeit eine Alternativplanung (hier „Kompromissvorschlag“ genannt) vorgelegt habe. Heute finde das zweite Meinungsforum statt.

H. Martini ging kurz auf die Struktur der heutigen Sitzung ein. Die Veranstaltung wurde in drei Themenblöcke unterteilt: Ausbau Hansgrohe, Grün- und Ausgleichsfläche sowie Verkehr. Er betonte, dass das Thema Verkehr nicht viel mit dem Ausbau der Hansgrohe zu tun habe. Deswegen wurden die klaren Trennlinien in der heutigen Agenda gesetzt.

Abschließend hob H. Martini das Ziel des Meinungsforums, Information zu den Ausbauplänen von Hansgrohe zu transportieren, in den Austausch und die Diskussion zu kommen und die Meinungen zu dokumentieren, hervor. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die endgültige Entscheidung vom Gemeinderat getroffen werde. Darüber hinaus biete das Meinungsforum den Bürger/Innen die Chance, zusätzlich über Verbesserungen der Verkehrsmaßnahmen in Elgersweier zu diskutieren. Er bemerkte, dass erst nach der gemeinsamen Identifizierung der Probleme, Maßnahmen vorbereitet und Lösungen vorgeschlagen werden können.

Er versicherte den Anwesenden, dass die Anmerkungen von heute gesammelt, dokumentiert und von dem Ortschaftsrat weiter diskutiert werden.

TOP 2 Einführung in den Prozess, Arbeit im Meinungsforum und Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem 1. Meinungsforum / IFOK

Der Moderator, H. Eggert, begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die Ziele des Meinungsforums kurz vor (Folie 3, Anlage 1). Er verwies auf die erste Sitzung des Meinungsforums am 17. September 2012 sowie auf die öffentliche Werksführung durch das Betriebsgelände von Hansgrohe am 18. Oktober 2012. Er erklärte, dass die Idee der Führung in der ersten Sitzung entstanden ist. Er machte die Anwesenden auf die Dokumentation der ersten Sitzung aufmerksam, die auf der Homepage der Stadt Offenburg abrufbar sei. Er ging kurz auf die Arbeitsform und die Rolle von IFOK als neutraler Vermittler im Prozess ein (Folien 5,6, Anlage 1).

Anschließend stellte er die Ergebnisse der letzten Sitzung vor (Folie 7, Anlage 1) und verwies auf die ausführlichere Diskussion der genannten Punkte, die in der Dokumentation zu finden ist. Bei der Vorstellung der Agenda (Folie 8, Anlage 2) unterstrich er eine klare thematische Trennung zwischen Phase 1 (Ausbau Hansgrohe) und Phase 2 (Verkehr). Zu beiden Phasen wird es Diskussionsrunden im Forum und mit den Bürgern/Innen geben. Nach dem Ende der Veranstaltung

bestehe zusätzlich die Möglichkeit, sich mit den Teilnehmenden des Forums zu den drei Themen (Ausbau Hansgrohe, Grün- und Ausgleichsfläche sowie Verkehr) auszutauschen. Es bestehe zusätzlich die Möglichkeit, die eigenen Ideen und Ergänzungen zur Diskussion auf die Moderationswände zu bringen.

TOP 3 Statement der Interessengemeinschaft zum Erhalt des Grüngürtels zum Kompromissvorschlag aus der 1. Sitzung

H. Eggert erteilte den Vertretern der Interessengemeinschaft (folgend IG) zum Erhalt des Grüngürtels das Wort. Bei der letzten Sitzung wurde vereinbart, dass sie den Kompromissvorschlag der Hansgrohe besprechen und in der heutigen Sitzung ihre Stellungnahme dazu vortragen werden.

Am Anfang betonte H. Büchel, dass der Kompromissvorschlag von Hansgrohe durch die IG ausführlich diskutiert wurde. Die IG verlasse sich darauf, dass die Hansgrohe alle Optionen geprüft habe und eine weitere Alternative des Ausbaus nicht möglich sei. Er dankte Hansgrohe für ihre Bemühungen. Trotzdem verursache der Ausbau eine massive Überbauung der Grünfläche, was den Interessen der IG widerspreche.

H. Büchel unterstrich, dass für eine verträgliche Nachbarschaft und ein gutes Miteinander die Grünfläche unabdingbar sei. Sie diene als ein wichtiger Filter zwischen den Häusern der Bewohner/Innen und dem Industriegebiet.

Er ging auf den Ausbau der Firma Printus ein. Damals ging es genauso um den Erhalt der grünen Fläche, die unantastbar war, so H. Büchel. Er verwies darauf, dass eine detaillierte Bepflanzung gerade auf dieser sorgfältig konzipierten Fläche realisiert wurde. Das sei ein Signal für die Bewohner/Innen gewesen, dass die Fläche dort länger bestehen bleiben würde. Darüber hinaus bemerkte H. Büchel, dass öffentliche Gelder für die Fläche ausgegeben wurden. Er bezog sich auf die damaligen Vereinbarungen und persönliche Aussagen, die es heutzutage zu beachten gelte. Er sprach von der Pflicht, ein gegebenes Versprechen zu halten.

Er zitierte die Aussage von Frau OB Schreiner aus der ersten Sitzung, dass es Situationen gebe, in denen man heute neu denken und andere Entscheidungen treffen müsse. H. Büchel äußerte die Meinung, nach dieser Aussage zu handeln, hieße den Ausbau nicht zu erlauben.

Er fügte hinzu, falls Hansgrohe nach Osten ausbauen würde, müsse die Firma Printus auf einen Ausbau in Richtung Ost verzichten. Er betonte, dass er keinen gleichwertigen Ausgleich zur betreffenden Grünfläche sehe. Abschließend sagte er ausdrücklich, dass die IG sich nicht gegen die Firma Hansgrohe richte. Was sie wollen, ist den notwendigen Raum zum Leben in Elgersweier zu erhalten.

Zu Beginn sagte H. Stöhr, dass die Ausgleichsfläche kein Zufallsprodukt sei, sondern einen Sinn habe. Sie sei angelegt worden, um den Schutz der Bewohner vor der Industrie zu gewährleisten. Er betonte, dass die Menschen ein Anrecht darauf haben, geschützt zu werden. Er wies zusätz-

lich darauf hin, dass das Problem mit dem Grüngürtel kein Neues sei und dass der Stadt dieses Problem bewusst sei. Mit Hinweis darauf, dass dem Wohnen Grenzen gesetzt sind, fragte er, warum es der Industrie erlaubt sein sollte, auszubauen.

Er schloss sich H. Büchel an und wiederholte, dass die IG das Bemühen von Hansgrohe wohl zu schätzen wisse, aber trotzdem nicht zufrieden sei. Er sagte, dass der Kompromissvorschlag der Hansgrohe kein richtiger Kompromiss sei, da die Fläche, die in Anspruch genommen würde noch nicht einmal die Hälfte der ursprünglichen Fläche betrage. Zusätzlich bedauerte er, dass das Thema Süderweiterung nicht gründlich genug diskutiert wurde.

H. Stöhr verwies darauf, dass 22% der gesamten Fläche von Elgersweier und 6% von Offenburg Industriefläche sei und dass 10% aller Arbeitsplätze in Elgersweier sind, im Verhältnis zur Einwohnerzahl doppelt so viele wie in ganz Offenburg. Dabei brachte er die Sorge zum Ausdruck, dass Elgersweier stark belastet sei und dass die Bewohner einen entsprechenden Schutz vor der Industrie bräuchten. Er erörterte die Frage, was in 10 oder 15 Jahren passieren wird, wenn eine andere Firma die Stadt um eine Fläche in Elgersweier bittet.

Er bezog sich auf die Aussage von Frau OB Schreiner, dass der Anteil der Wohnfläche der Kommune zum Industrieanteil passen müsse. Deshalb, so H. Stöhr, dürfte die Stadt keine Genehmigung für die Erweiterung der Hansgrohe erteilen.

Herr Eggert fasste das Statement der IG kurz zusammen. Er hob die folgenden Punkte hervor: Anerkennung seitens der IG für die Bemühungen der Firma Hansgrohe; Geschichte der Firma Printus und der Ausgleichsfläche; Wunsch nach einer adäquaten Kompensation, die aber nicht gesehen wird; Zahlen und Vergleiche, welche die starke Belastung von Elgersweier durch den Industrieanteil deutlich machen; und die Ablehnung des Kompromissvorschlags von Hansgrohe seitens der IG.

TOP 4 Beantwortung der Fragen aus der 1. Sitzung/ H. Semling und H. Wüstenberg, Hansgrohe

H. Semling bedankte sich zuerst bei der IG für Ihren Vortrag. Er sagte, dass ihm die Einwände der IG eine Chance gaben, über die Optimierung des Ausbauplans gründlich nachzudenken. Zusätzlich habe Hansgrohe die Gelegenheit bekommen, seine Pläne in Elgersweier zu erläutern. Er hob hervor, dass er in den letzten Wochen von vielen Bürger/Innen ein positives Feedback bekommen hatte und bedankte sich dafür.

Er schilderte kurz den Kompromissvorschlag von Hansgrohe (Folie 2, Anlage 2, siehe auch Dokumentation der ersten Sitzung). Er ging dann direkt auf einen neuen Aspekt der Planung ein und sagte, dass es jetzt keine Parkplätze östlich mehr geben werde (Folie 2, Anlage 2). Dies reduziere die Bebauungsfläche um weitere 7-12 Meter (12 Meter die Zufahrt mitgerechnet).

Er versicherte der IG, dass die Option der Süderweiterung gründlich geprüft wurde und sich als nicht haltbar erwiesen hatte. Die Gründe dafür wurden im Einzelnen in der ersten Sitzung diskutiert. Diesmal wurden sie nur kurz mit den folgenden Stichpunkten wiederholt: logistische Prozes-

se, Arbeitsabläufe und Materialfluss. H. Semling erklärte, dass die von Hansgrohe konzipierte logistische Achse sicherstelle, dass sich die Produktionsstätten nahe bei den Lagerstätten befinden werden.

Am Ende stellte er die Ziele des Ausbaus in den Vordergrund. Der Ausbau sei notwendig, um die Produktionsfläche zu erweitern, langfristig Arbeitsplätze zu schaffen und für die Zukunft vorbereitet zu sein.

H. Wüstenberg ging auf die drei unbeantworteten Fragen aus der ersten Sitzung ein (Folie 4, Anlage 2). Zuerst widmete er sich der Frage nach den Kosten innerhalb der Gebäude. Obwohl er die internen betrieblichen Daten nicht nennen konnte, erläuterte er, dass ein Ausbau mit viel neuer Logistik und Technik und daher auch großen Investitionen einhergehe. Für die gesamte Investition sprach er von der Größenordnung von 30 Mio. Euro.

Zum Vorschlag aus der ersten Sitzung, die Option der Tiefgarage zu untersuchen, gab H. Wüstenberg zu bedenken, dass der Bau einer Tiefgarage auch ein Eingriff in die Natur sei und dass er durch die Umplanung kein Bedürfnis nach der Tiefgarage sehe. Zusätzlich bemerkte er, dass die bestehenden Parkplätze von Hansgrohe bereits sehr gut in die Landschaft eingebettet seien. Er fügte hinzu, dass viele Mitarbeiter der Hansgrohe ein Jobticket haben und mit dem Bus anreisen, und dass nur ganz wenige mit dem Auto ankommen. Anschließend bemerkte er, dass noch mehr Parkplätze auch noch mehr Verkehr verursachen könnten.

Zu den Höhenangaben sagte H. Wüstenberg, dass die Gebäude noch nicht genau geplant sind. Er gehe jedoch davon aus, dass im südlichen Teil der Fläche die Gebäude 12 Meter hoch und im mittleren Teil das Gebäude ungefähr 17 Meter hoch wäre (Bedarf nach einem Hochregallager). Auf Nachfragen von H. Augustin, ob man die Option geprüft hätte, tiefer in die Erde zu gehen, antwortete H. Wüstenberg, dass man hier auch auf Grenzen stoße. Alles was nach unten gehe, sei problematisch. Man spreche hier vom Bedarf nach wasserdichter Betonkonstruktion, u.ä. Nach Einschätzung von H. Wüstenberg wäre es wahrscheinlich nur möglich 1 Meter tiefer in die Erde zu gehen.

TOP 5 Grünkonzept und Aussagen zur Ausgleichsfläche/ H. Bresch, Büro Bresch, Henne, Mühlinghaus

H. Eggert begrüßt den externen Experten, H. Bresch (vom Büro Bresch, Henne, Mühlinghaus), der die Ergebnisse der Untersuchung zur Grün- und Ausgleichsfläche vorträgt.

Zuerst erläuterte er die rechtlichen Grundlagen für den Bebauungsplan (Folie 1, Anlage 3). Er unterstrich die bestehende gesetzliche Verpflichtung zu untersuchen, wie sich der Ausbau auf verschiedene Naturgüter wie Biotope, Arten, Wasser, Boden, Luft und Landschaftsbild auswirkt. Darüber hinaus betonte er die Verpflichtung, die geschützten Arten auf der Fläche zu erfassen. Sollten geschützte Arten angetroffen werden, müssen durch zeitlich vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen im Umkreis Ersatzlebensräume geschaffen werden (Folie 5, Anlage 3).

Er stellte anschließend die Ergebnisse der Untersuchung vor. Er erläuterte, welche Arten sich auf der Grünfläche befinden (Folien 10, 11, Anlage 3). Er wies darauf hin, dass der Bereich B weniger seltene Typen enthalte, während der neu angelegte Bereich A seltene und gefährdete Arten beherberge, wie auch der Bereich C, der ältere Magerwiesen aufweise. Er sprach von einer großen Vielfalt an Arten, vor allem in den Bereichen A und C. Da die Fläche A erst vor rund drei Jahren angelegt wurde, und nach dieser kurzen Zeit bereits hochwertige Arten aufweist, sieht er gute Möglichkeiten, eine ebenso hochwertige Fläche an einem anderen geeigneten Ort durch innovative Maßnahmen innerhalb weniger Jahren neu anzulegen. Aus diesem Blickwinkel gäbe es kein grundsätzliches Hindernis für die Bebauung der Fläche.

Dabei sei zu beachten, dass zügig mit der Entwicklung der Ausgleichsfläche zu beginnen wäre, da sie ihre Funktion bereits vor Beginn der Bauarbeiten nachweislich erfüllen muss. H. Bresch erklärte, dass der Ausgleich innerhalb der bestehenden naturräumlichen Einheit, möglichst in der Nähe, jedoch nicht zwingend unmittelbar angrenzend liegen müsse. Er verwies auf verschiedene Aspekte, die bei der Auswahl der Ausgleichsfläche berücksichtigt werden müssten, insbesondere die natürliche Eignung des Standorts zur Ansiedlung bestimmter Arten ist wichtig. Andere Aspekte sind Geräuschentwicklung oder Emissionen.

Bürgermeister Martini

Mit Bezug auf die Nachfrage der IG, ob bei einer Erweiterung von Hansgrohe, auf den Ausbau von Printus weiter nach Osten, innerhalb der bestehenden Baugrenzen verzichtet werden kann, machte H. BM Martini die Anwesenden darauf aufmerksam, dass das für die Stadt schwierig wäre, vor allem unter Gesichtspunkten der Wirtschaftsförderung und des Arbeitsplatzerhalts. Auf Nachfrage sagte er, dass es baurechtlich problematisch wäre, der Firma Printus ihr bereits vorhandenes Baurecht wieder wegzunehmen. Zum Punkt der IG über die Südoption erwiderte H. BM Martini, dass die südliche Variante geprüft wurde und dass ein Teil des Südens jetzt in Anspruch genommen werde.

Er betonte, dass der Ausbau der Hansgrohe eine Frage der Abwägung sei. Es sei notwendig, vor der Entscheidung zuerst zu prüfen, ob es eine Alternative gibt oder nicht. Er wies darauf hin, dass es in der heutigen Situation eine Alternative zu den Grünflächen, aber keine zum Ausbau der Hansgrohe gäbe. Er plädierte dafür, das Problem ganzheitlich zu sehen und die Zusammenhänge zu erkennen.

Wie bei der ersten Sitzung vertrat Bürgermeister Martini die Meinung, dass niemand sagen könne, was in 15 Jahren passieren wird. Man wisse nicht, was die Zukunft mit sich bringt. Deswegen sei es schwierig verbindliche Versprechen abzugeben und daher müsse man immer wieder neu in einem Abwägungsprozess entscheiden. Gleichzeitig betonte er, dass er das Bedürfnis der Bewohner nach Absicherung verstehe und dass man darüber diskutieren wird, durch welche Form zukünftig die Entscheidungen herbeigeführt werden.

Diskussion im Forum

Die folgenden Themen wurden in der Diskussionsrunde besprochen:

Auswirkungen auf die Menschen

Die Frage wurde aufgeworfen, ob in dem von H. Bresch vorgestellten Umweltbericht auch die Auswirkungen auf die Menschen bewertet wurden. Darauf erwiderte H. Bresch, dass der Umweltbericht noch nicht fertiggestellt sei und daher noch nicht alle Aspekte untersucht worden sind. Die Untersuchung von Biotopen und Arten sei ein erster Schritt, die Untersuchung der Auswirkungen auf die Menschen stehe noch aus.

Glaubwürdigkeit

H. Büchel bemerkte, dass, wenn die Stadt vertragstreu bleiben wolle, sie die abgegebenen Versprechen halten müsse. Er äußerte die Meinung, dass die Stadt gegenüber den Bewohnern Entschädigungsverpflichtungen habe. Darauf wurde erwidert, dass mündliche Versprechen keinen rechtlichen Anspruch beinhalten würden. Daraufhin wurde die Frage der politischen Glaubwürdigkeit aufgeworfen, die in der öffentlichen Runde aufgenommen und ausführlicher diskutiert wurde (siehe unten).

Schutzrecht

H. Stöhr bezog sich auf die Aussagen im Landschaftsplan (Entwurf) 2010 und rückte das dort für Elgersweier ausgesprochene Ziel in den Vordergrund, den Abstand zwischen den Bewohnern und dem Industriegebiet möglichst aufrecht zu erhalten. Der Bedarf nach dem Schutzrecht der Bewohner wurde ausdrücklich wiederholt. H. Bresch erwiderte darauf, dass vor der möglichen Erweiterung geprüft werde, mit welchen Beeinträchtigungen der Ausbau einhergehen würde. Sollten zum Beispiel die Emissionen zu hoch sein, werde der Ausbau nicht zugelassen. Dabei unterstrich er, dass man konkret das einzelne Projekt untersuchen müsse, mit Blick auf Faktoren wie Emissionen, Lärm u. ä. Sie alle werden im Bebauungsplan abgewogen.

Unterscheidung zwischen Industrie- und Gewerbegebiet

Die Frage wurde aufgeworfen, worin der Unterschied zwischen dem Industrie- und dem Gewerbegebiet bestehe. Hierzu wurde erläutert, dass in Industriegebieten stärkere Emissionen (z.B. durch Lärm) zulässig sind als in Gewerbegebieten. Entsprechend müssen Industriegebiete auch einen größeren Abstand zu Wohngebieten halten wie Gewerbegebiete. Es wurde erläutert, dass im heute bestehenden Bebauungsplan das Grundstück der Firma Printus nördlich der Kreuzwegstraße als Gewerbegebiet ausgewiesen ist und das Grundstück der Firma Hansgrohe südlich der Kreuzwegstraße als Industriegebiet.

Auf Nachfrage sagte Herr Bresch, dass der übliche Abstand zwischen dem Gewerbegebiet und den Wohnorten 70 Meter betragen sollte.

Lokalisierung der möglichen Ausgleichsfläche

Die Sorge kam zum Ausdruck, dass die Ausgleichsfläche zu weit weg vom derzeitigen Grüngürtel angelegt würde. Das Gesetz sehe einen räumlichen Zusammenhang vor, sei aber in diesem Fall nicht spezifisch. Die Stadt verfolge jedoch generell die Linie, notwendige Ausgleichsflächen so nah wie möglich an den Ort des Eingriffs zu legen. Auf Nachfrage von H. Eggert, wie wahrscheinlich es sei, dass die passenden Flächen in Elgersweier angelegt werden könnten, erwiderte H. Bresch, dass aus fachlicher Sicht die angemessenen Flächen in Elgersweier zu finden seien. Er fügte jedoch hinzu, dass die kritische Frage in dieser Hinsicht nicht deren Eignung, sondern deren Verfügbarkeit sei.

Haltung zum Kompromissvorschlag

Nach der Diskussion in der Runde fragte H. Eggert die IG, ob die Änderungen im Kompromissvorschlag (keine Parkplätze) ihre Position geändert hätte. Darauf wurde erwidert, dass der IG die Gebäudegrenze wichtig sei. Durch die Wegnahme der Parkplätze wird die Gebäudekante nicht verändert, aber die Inanspruchnahme der Ausgleichsfläche verringert.

Auf Nachfrage von H. Eggert, ob Hansgrohe bereit sei, den Kompromissvorschlag nochmal zu überarbeiten, antwortete H. Semling, dass sie alles geprüft hätten und sich nichts mehr ändern könne.

Zusammenfassung

Abschließend fasste H. Eggert die Diskussion zusammen. Er lobte den respektvollen Umgang aller Beteiligten miteinander. Die Diskussion sei sachlich, fundiert und transparent verlaufen. Es wurde deutlich gemacht, dass verschiedene Alternativen geprüft wurden und dass aus den genannten Gründen bei einer Erweiterung von Hansgrohe die Inanspruchnahme der (Ausgleichs)fläche nicht zu verhindern sei. Für die IG ist der genannte Vorschlag nicht tragbar. Die Gründe von jeder Seite wurden dargelegt. Obwohl im Kern der Sache keine Einigung erreicht wurde, sei das Bemühen der beiden Seiten, aufeinander einzugehen und einander zuzuhören nicht zu unterschätzen.

Er sagte, heute seien neue Informationen geliefert worden, vor allem in Bezug auf die ökologische Wertigkeit der Fläche und die Möglichkeiten des Ausgleiches. Die Prüfung der Auswirkungen auf die Menschen könne ebenso durchgeführt werden.

Am Ende äußerte die IG noch den Wunsch, den genauen Zeitplan zur Fortführung des Prozesses mit den nächsten formellen Schritten von der Stadt zu erhalten.

Die Meinungen werden dokumentiert und gehen dann mit einem Vorschlag der Verwaltung an den Ortschaftsrat und den Gemeinderat, die entschieden müssen. H. Eggert bedankte sich bei den anwesenden Vertretern des Ortschaftsrates und der Gemeinderäte, die sich den direkten Eindruck von der Diskussion verschafft haben und diesen zusätzlich in ihre Gremien einbringen könnten. Damit sei die Arbeit des Meinungsforums abgeschlossen.

Öffentliche Fragerunde

H. Eggert bat die anwesenden Bürger/Innen um Ihre Meinungen zu den angesprochenen Themen sowie um Ergänzungen zu der Diskussion im Plenum.

Lebensqualität

Die Lebensqualität wurde von den Bürger/Innen als ein zentraler Aspekt angesprochen. In diesem Kontext wurde das Thema landwirtschaftlicher Weg erneut angesprochen (es wurde in der ersten Sitzung diskutiert). H. Bresch bemerkte, dass Erholungsvorsorge auch Thema des Umweltberichts sei. Er bestätigte, dass der Weg gerne für Spaziergänge genützt werde, sprach aber gleichzeitig von der Möglichkeit, hierfür attraktive Alternativen zu entwickeln.

In dem Zusammenhang kam auch das Bedenken der Bürger/Innen zum Ausdruck, dass der Streifen der grünen Fläche, der nach dem Ausbau der Hansgrohe übrig bleiben würde, sehr schmal wäre und für die Nutzung der Bewohner wenig geeignet.

Abgegebene Versprechen und politische Glaubwürdigkeit

Der Wunsch nach politischer Glaubwürdigkeit kam in der öffentlichen Runde immer wieder zur Sprache. In diesem Zusammenhang kam der Wunsch zum Ausdruck, Versprechen und Menschen zu schützen. Es dürfe nicht sein, dass die Entscheidungen über die Bürger/Innen hinweg und nur mit Sicht auf das Geld getroffen werden. Darauf wurde erwidert, dass die Errichtung des Meinungsforums zeige, dass die Entscheidungen nicht vorweggenommen werden. Es wurde auch um Anerkennung dafür gebeten, dass Hansgrohe und die Stadt sich beweglich gezeigt haben und dass die Bürger/Innen in den Prozess miteinbezogen wurden.

Optionsantrag und ursprüngliche Bedingungen

Es wurde angemerkt, dass seitdem Hansgrohe nach Elgersweier kam, zu keiner Zeit die Option der Erweiterung über die bestehende Fläche hinaus genannt wurde. Hansgrohe habe weder schon vor längerer Zeit einen Optionsantrag gestellt, so wie die anderen Firmen es taten, noch innerbetrieblich Anstrengungen gemacht, in eine andere Richtung zu erweitern und nach Alternativen zu suchen. Die Frage wurde gestellt, unter welchen Bedingungen Hansgrohe damals nach Elgersweier kam und wie die damalige Konzeption für die Ansiedlung von Hansgrohe aussah.

H. Semling erklärte, dass Hansgrohe mit 100 Mitarbeiter in Elgersweier angefangen habe, aber schon damals bis zu 900 Mitarbeiter beschäftigen wollte. Er sagte, dass die Entwicklung schon damals sehr weit gedacht war. Er betonte, dass es im Umkreis von 50 km keine Firma gäbe, die so viele Elgersweierer beschäftigen würde.

Mit Verweis auf die Frage zur Optionsprüfung sagte er, dass er sich, obwohl er damals nicht dabei war, im Archiv zu den damaligen Absprachen informiert habe. Nach seinem Wissensstand gäbe es aus der damaligen Zeit keine Nebenreden mit Hansgrohe, in welche Richtung die Ent-

wicklung gehen solle. Zusätzlich sagte er, dass Hansgrohe nichts davon wusste, als eine Ausgleichsfläche für Printus geschaffen wurde. Hansgrohe hätte erst vor einem Jahr davon erfahren.

Furcht um die Zukunft

Die Befürchtung wurde ausgesprochen, dass die Gebäude der Hansgrohe in ein paar Jahren leer stehen könnten. Der Gedanke wurde geäußert, dass die jetzige Grünfläche dann nicht mehr wiederhergestellt werde. Darauf entgegnete H. Semling, dass viele Firmen heutzutage bankrott gehen, weil sie nicht investieren und nicht innovativ sind. Er nannte Beispiele verschiedener Firmen. Genau deswegen sei die Investition von Hansgrohe am Standort so wichtig. Er wiederholte ausdrücklich, dass es hier um die Zukunft von den Mitarbeitern/Innen von Hansgrohe gehe.

Herr Ortsvorsteher Geiler

Im Anschluss an die öffentliche Runde ergriff H. Geiler das Wort. Er betonte, dass Themen wie Wertschätzung und politische Glaubwürdigkeit gerade in diesem Verfahren eine wichtige Rolle spielen. Was jedoch nicht passieren dürfe ist, dass die Erweiterungspläne von Hansgrohe nur deshalb abgelehnt werden, weil ein Versprechen seitens der Stadt nicht gehalten wurde. Er wolle den Entscheidungen des Ortschaftsrates nicht vorgreifen, aber er versicherte den Anwesenden, dass ein Kompromiss zur Erweiterung von Hansgrohe, wie auch immer ein solcher Kompromiss aussehen mag, eine rechtsichere und zukunftssichere Option für Elgersweier sein müsse, ansonsten könne es keine Zustimmung des Ortschaftsrates zu den Erweiterungsplänen geben. Er sagte jedoch auch, dass sichergestellt werden müsse, dass es einen erkennbaren Mehrwert für Elgersweier geben müsse. Er fügte hinzu, dass Elgersweier und das Industriegebiet in der Zukunft über die geplante Erweiterung hinaus keinesfalls weiter zusammenwachsen dürfen und sagte, dass das Gremium sich noch damit auseinandersetzen werde. Er wies darauf hin, dass außer Verkehr, auch Bauen und Wohnen wichtige Themen für die Einwohner von Elgersweier seien. Am Ende lud er die Anwesenden dazu ein, zu überlegen, ob Elgersweier, wäre es eine selbständige Gemeinde, es sich erlauben könnte, die Erweiterung einer Firma wie Hansgrohe abzulehnen.

H. Eggert dankte für das abschließende Statement. Die Entscheidungsfindung stehe jetzt im Ortschaftsrat und Gemeinderat an. H. Eggert leitete direkt zum Thema Verkehr über, da dies als Thema in der letzten Sitzung gewünscht wurde. Die Diskussion hierzu könne heute nur gestartet werden und müsse dann im Ortschaftsrat weitergeführt werden.

TOP 6 Einführung ins Thema Verkehr/ H. Häberle, Stadt Offenburg

H. Häberle stellte die Präsentation zum Thema Verkehr vor. Zu Beginn ging er kurz auf die Maßnahmen ein, die in den letzten Jahren in Elgersweier realisierten wurden - u.a. Tempo 30 Be-

schränkung auf der Ortenaustraße mit einer stationären Überwachungsanlage, LKW-Verbot und Fahrbahnverengung in der Kreuzwegstraße, Verlängerung der Linksabbiegerspur zum Gewerbegebiet und Einführung von einem Schlüsselbus ins Gewerbegebiet (Folien 3-14, Anlage 4). Danach informierte er über die zur Umsetzung beschlossenen Maßnahmen, u.a. von der vorgesehenen Abfahrtsrampe von der B 33 zum Gewerbegebiet Elgersweier und vom Ausbau der B 33 (Folien 14-20, Anlage 4). Im Anschluss zeigte er auf, dass Verkehrszählungen (die entsprechenden Stellen sind durch Punkte gekennzeichnet, Folie 22, Anlage 4) u.a. über eine automatische Datenerfassung durchgeführt wurden. Anschließend beschrieb er die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen (Folien 26-28, Anlage 4) und analysierte die Geschwindigkeitstendenzen auf bestimmten Strecken.

Herr Ortsvorsteher Geiler

Einführend bemerkte H. Geiler, dass an der Entwicklung des Verkehrskonzeptes für Elgersweier seit vielen Jahren gearbeitet wird. Er warf die Frage auf, wie nachhaltig das Konzept ist. Er sagte, dass viele Beschwerden in den Ortschaftsrat eingereicht wurden und dass es jetzt einer Anzahl an Maßnahmen bedürfe, um bestehende Probleme zu lösen. Er sagte, dass der Ortschaftsrat die Punkte der Bürger/Innen gesammelt habe und dass er sie heute vortragen wird.

Er ging auf die Zielsetzung des Verkehrskonzeptes ein: „Sicherheit und Lebensqualität im Ortsteil nachhaltig zu verbessern“ (Folie 16, Anlage 1). Er schlug vier Maßnahmen vor, die einen Beitrag zur Erfüllung dieser Zielsetzung leisten könnten (Folie 16, Anlage 1). Er definierte die Orte, die für die Implementierung der Maßnahmen in Frage kommen würden (Folie 17, Anlage 1) und ging im Einzelnen auf die konkreten, von den Bürger/Innen vorgeschlagenen Maßnahmen ein (die gesamte Liste ist auf der Folie 18, Anlage 1, zu finden).

Öffentliche Fragerunde

H. Eggert stellte die Frage an das Publikum, ob es bestimmte Ideen oder Maßnahmen gibt, die Ihnen besonders wichtig sind. Daraufhin wurden folgende Punkte genannt:

Geschwindigkeitsbegrenzung

Es sei wichtig, dass die Fahrer/Innen wahrnehmen, dass Elgersweier ein Wohngebiet ist. Es wurde angemerkt, dass das Schild „Zone 30“ in der Kreuzwegstraße zu nah an der Einfahrt zur Ortenaustraße sei, so dass man es kaum sehen könne. Es wurde hinzugefügt, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungsschilder in Elgersweier nur am Rand der Zonen aufgestellt sind und dass das Wiederholen der Schilder in der Zone wichtiger als andere Maßnahmen sei. Ein Vorschlag war, alle 30 Meter ein Geschwindigkeits-Schild aufzustellen, oder auch Hinweismarkierungen auf dem Boden anzubringen.

Lärm und Verkehrsbelastung

Die Lärm und Verkehrsbelastung durch PKWs wurden als Problem von den Bürger/Innen wiederholt angesprochen. In dem Zusammenhang kam ein Vorschlag, eine neue Straße südlich von Elgersweier und dem Gewerbegebiet zur B3 zu bauen. Darauf erörterte H. Martini, dass es zielführender sei, zu überlegen, was man mit bestehenden Straßen tun kann, statt neue Straßen zu bauen. Darüber hinaus solle durch die Abfahrtrampe von der B33 zum Gewerbegebiet bei Uffhofen die Verkehrsbelastung gemindert werden.

Verkehrsbelastung durch LKWs

Die Bedenken wurden geäußert, dass das Industriegebiet enorm gewachsen sei und dass es keine richtige Abfahrt gäbe. Ein Vorschlag war, einen Anschluss für LKWs zum Gewerbegebiet einzurichten (bisher können dort nur PKW abfahren), indem im Norden der B33 die neue Abfahrt zur Verfügung gestellt würde. Ein anderer Vorschlag war, eine zweite Zufahrt zum Gewerbegebiet zu bauen. Es wurde angemerkt, dass ein Gewerbegebiet von so einer Größe mehr als eine Anfahrt (zurzeit bei Mercedes) für die LKWs bräuchte. Das könnte ganz Elgersweier wesentlich entlasten.

Darauf wurde erwidert, dass die Entlastung von Elgersweier genau das Ziel der geplanten Abfahrt von der B33 sei. Konkret ist das Ziel, diesen Verkehr durch Wegweisung auf der B33 weiterzuleiten. Dabei sei es aber wichtig zu bedenken, dass wenn man durch Verkehrsmaßnahmen eine Sache verbessert, oft eine andere Sache verschlechtert wird. Es sei eine Herausforderung, ein Konzept zu entwickeln, das alle zufriedenstellt.

Es wird im Bereich der B33 bei Windschlag gerade diskutiert, wie dieser Knotenpunkt ausgebaut werden könnte. Im nächsten Jahr wird diese Maßnahme im Verkehrsausschuss vorgestellt. Eventuell wäre das auch ein Ansatz für den Knotenpunkt B3/ Kreuwegstraße.

Baustellen

Auf Nachfragen der Bürger/Innen, wann die Baustellen im Zuge der B 33 fertig sein werden, wurde beim Ausbau der B33 von einem halben Jahr Verzögerung gesprochen. Die Abfahrt von der B33 bei Uffhofen solle im Jahre 2014/Anfang 2015 fertig gestellt sein. Weitere Informationen zu den zwei anderen Baustellen werden an den Ortschaftsrat verschickt. Sobald die Zahlen verfügbar sind, werden sie auch im Internet veröffentlicht.

In Anschluss an die Diskussion wurden die Bürger/Innen um konstruktive Ideen und Anmerkungen gebeten, so dass die Probleme gemeinsam gelöst werden können. Am Ende der Sitzung lud H. Eggert die Anwesenden herzlich dazu ein, sich nach Ende der Veranstaltung zu den drei Themen weiter einzubringen. Die Sitzung wurde von H. Eggert geschlossen.

TOP 7 Feedback und Austausch der Teilnehmenden zu einzelnen Themen

Ungefähr 35 Bürger/Innen blieben bis 23 Uhr in der Festhalle Elgersweier, tauschten sich mit den Teilnehmenden des Podiums aus und gaben mündliches Feedback zu den drei Themengebieten ab.

Auf der Moderationswand „Verkehr“ wurden folgende Stichpunkte aufgeschrieben:

Beruhigung + Verwohnlung (*Anmerkung des Moderators: Wohnumfeldverbesserung ist gemeint*) der Ortenaustr. zwischen Kreuzwegstr. + Waldhornstr. Als spürbare Ortsmitte.